

Fürchterliche Bilder aus Hamburg

Aus dem Landtag: Hugo Klein (CDU)

Man ist in diesen Tagen eigentlich geneigt, sich der Freude und guten Laune hinzuwenden und die Sommerferien zu genießen, würden da nicht die fürchterlichen Bilder von den gewalttätigen Ausschreitungen am Rande des G20-Gipfels aus Hamburg die Stimmung trüben.

Es ist erschreckend, wie jetzt über alle Medien, vor allem durch die Parteien aus dem linken Spektrum Schuldzuweisungen an die politisch Verantwortlichen im Bund und in der Stadt Hamburg formuliert werden und es für die schlimmsten Ausschreitungen durch die überwiegend „linksextremen Chaoten“ gar noch Rechtfertigungsversuche gibt. Für mich

steht in diesem Zusammenhang resümierend fest, dass die „linke Gewalt“ viel zu lange gleichgültig hingenommen, und sogenannte rechtsfreie Räume in den Großstädten ignoriert wurden.

Das Recht auf Demonstrationen besteht in unserem Land sehr wohl, bedeutet jedoch nicht gleichzeitig „autonom“ zu sein und massive Gewalt gegen Sachen und noch schlimmer, gegen Polizisten auszuüben. Was in Hamburg am vergangenen Wochenende an gewalttätigen Ausschreitungen durch vermummte Gewalttäter geschehen ist, u.a. mit dem Werfen von Molotow-Cocktails und Gehwegplatten von

Dächern aus, und damit bis hin zu versuchtem Mord, mit dem Verbrennen von Autos, mit Sachbeschädigungen und Plünderungen etc. verdient keine Toleranz, sondern nur konsequente Ahndung und harte Bestrafung. Bleibt nur zu hoffen, dass die Justiz nach der Festnahme der Beschuldigten auch die angemessenen Strafen verhängt. Dies ist man letztlich vor allem auch allen in Hamburg im Einsatz gewesen und vor allem den über 480 verletzten Po-



Hugo Klein (CDU).

lizeibeamtinnen und Polizeibeamten - davon alleine 150 aus Hessen – moralisch schuldig.

In der Konsequenz aus den in Hamburg gewonnenen Erkenntnissen scheint es über-

dies opportun, künftig die hinreichend bekannten, linken autonomen Zentren und ideologischen Brutstätten der Gewalt aufzulösen und deren finanzielle Unterstützung durch den Staat zu beenden. Wir wollen in unserem Land in Freiheit und Frieden leben. Deshalb muss der Rechtsstaat sowohl auf dem rechten als auch dem linken Auge wachsam sein.

Es bleibt daher die Frage zu stellen, ob der politische Wille dazu auch bei allen Parteien besteht. Daher ist besonders auch die SPD aufgefordert, klar Position zu beziehen, wie sie zu möglichen Koalitionen mit demokratiefeindlichen Parteien steht.